



**Protokoll der 18. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 15. Februar 2017, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Peter Hausammann, Gemeinderat Michael Lerch, Gemeinderat Marcel Rutz, Gemeinderat Sandro Erné

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

Traktanden

- 101 Mitteilungen
- 102 Protokoll der Sitzung vom 16. November 2016
- 103 Ersatzwahl des Vizepräsidiums des Gemeinderates für das Amtsjahr 2016/2017 (Nachfolge von Christian Wälchli, Fraktion CVP/EVP)
- 104 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2015-2019 (Nachfolge von Gemeinderat Peter Wildberger, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 105 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2015-2019 (Nachfolge von Hans Guggisberg, Fraktion SVP/EDU)
- 106 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2015-2019 (Nachfolge von Joschka Hausammann, Fraktion CH/Grüne/GLP)

- 107 Motion betreffend "Aufenthalts- und Reisequalität, Sicherheit und Werterhalt im Herzen von Frauenfeld" der Gemeinderäte Benjamin Stricker Zirfass und Heinrich Christ
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit

- - -

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung, die erste in diesem Jahr. Speziell begrüsse ich Gemeinderat Peter Heri. Gemeinderat Peter Heri ist Nachfolger von Alt-Gemeinderat Peter Wildberger. Ich wünsche ihm viel Freude an der Ratsarbeit. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Ich hoffe, das Jahr 2017 hat gut für Sie begonnen. Für mich war es eher ein hinkender Start. Da mein erster Skitag in dieser Saison auch mein letzter war, hatte ich Zeit, meinen präsidialen Verpflichtungen nachzukommen und die kulturellen Angebote in Frauenfeld zu geniessen. Aber was bietet Frauenfeld in den nächsten Wochen? Zusätzlich zu den bevorstehenden Fasnachtsveranstaltungen sind noch zu erwähnen:

- Eine Ausstellung im Berner Haus Sichtwechsel, Reflektionen in Bild und Text
- Der Theaterverein zeigt am 6. März das Stück „Zorn“ von Joanna Murray-Smith, ein Theaterstück, das mit seinen Themen Rassismus, Extremismus und Radikalität, Familien und Werte, Selbstverleugnung und Anpassung wie für unsere Zeit geschrieben ist.
- Dazu kommen noch zwei Konzerte der Konzertgemeinde im Casino Frauenfeld.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 36 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Bevor wir nun mit den Traktanden der heutigen Sitzung beginnen, möchten zwei Ratsmitglieder gern eine Erklärung abgeben.

Gemeinderätin Eveline Buff (Grüne): Persönliche Erklärung für den Gemeinderat Art. 36: Langsam aber sicher wird es auch für mich zum Reizthema, die ewige Quengelei rund um die Benutzung des Murg-Auen-Parks und dies speziell im Zusammenhang mit dem Anlass Out in the Green Garden. Wo bleibt denn der sogenannte Green Garden? Vor lauter Anlässen – speziell bei dem genannten Anlass – hätte man ja höchstens noch die Schuhe/Füsse der Anwesenden sehen können. Von Grün keine Spur. Es ist sehr zu hoffen, dass der Stadtpräsident und ebenso der Stadtrat nicht einfach nachgibt, nur weil konstant gequengelt wird und es in den Medien seit Monaten breitgetreten wird.

Zum Murg-Auen-Park: Ich bin persönlich sehr enttäuscht – und das habe ich dem zuständigen Amt bereits geschrieben –, dass auf dieser Grünfläche (gedachten Erholungsraum) so viele Anlässe stattfinden. Verkauft hat man uns das Projekt als Renaturierung eines Auengebiets. Darunter habe nicht nur ich etwas ganz anderes verstanden. Zugute halten muss ich den Verantwortlichen, dass im Reglement durchaus auch Anlässe und Veranstaltungen vorgesehen sind. Aber sicher nicht in dem Ausmass. Natürlich ist es schön und richtig, dass Menschen und Tiere durch diesen Park gehen und die Natur geniessen können. Der momentane Aktivismus entspricht aber überhaupt nicht der Zielvorstellung, die uns vor der Abstimmung verkauft worden ist. Es ist somit höchste Zeit, dass Grenzen gezogen werden. Ich empfinde es persönlich als eine Frechheit und einen Afront, wenn vorgeschlagen wird, dass die Anwohner in solchen Zeiten in ein Hotel ziehen sollen. Da kann ich nur sagen: Gaht's no?

Frauenfelder und Frauenfelderinnen, die sich ein Haus erspart haben, schon ein Leben lang in unserer Stadt wohnen und arbeiten, im Quartier und der Stadt heimisch sind, die sollen ausziehen, damit ein Fest mehr abgehalten werden kann? Was ist wohl wichtiger, ein Anlass mehr oder unsere Mitbürger?

Ganz allgemein muss auch einmal gesagt werden, was die Zielvorstellungen unserer Stadt sein sollen. Möchten wir wirklich die Feststadt der Schweiz werden? Oder wollen wir die Qualität einer Kleinstadt behalten, die bereits einige Grossanlässe seit Jahren erfolgreich stemmt und daneben sicher auch Platz hat für kleinere, deshalb auch ansprechende Veranstaltungen? Selbstverständlich sollen bisherige traditionelle Grossanlässe weiterhin stattfinden können. Diese werden auch getragen von der Bevölkerung, wie das Openair, Motocross etc. Selbstverständlich soll es für die junge Bevölkerung und ihre Feste Platz und Möglichkeiten geben im Jahreskalender. Aber ebenso selbstverständlich sollte auch dem älteren oder anderen Anteil der Bevölkerung und ihrem Ruhebedürfnis Rechnung getragen (Erholungswert Natur) und den jeweiligen Anwohnern auch das Recht zugestanden werden, in annehmbaren Verhältnissen zu leben. Das heisst für mich, dass es nicht nur bezüglich Murg-Auen-Park, sondern eben auch bezüglich des Stadtgebiets dringend nötig wäre, endlich Pflöcke zu setzen, d. h., eine klare Regelung, wie viele Anlässe, deren Standorte, Grösse etc. zu definieren und dies dann auch möglichst einzuhalten. Das sollte nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen und ebenso nicht aufgrund einseitiger Lobbyisten, sonst entwickelt sich die Stadt trendmässig wie zum Beispiel Winterthur. Von der einzigen Stadt im Grünen mit Erholungswert bliebe nichtmehr viel. Es wäre nicht mehr meine Stadt und auch nicht mehr die anderer Einwohner. Vielleicht sollte auch denjenigen, die sich dauernd beschweren, einmal aufgezeigt werden, was die Stadt bereits heute schon alles für sie organisiert und ermöglicht. Es ist mir sehr bewusst, dass man es nicht allen recht machen kann und es beinahe unmöglich ist, alle zufriedenzustellen. Klare Grenzen und das Bestehende auch immer wieder positiv zu zeigen, würde auch mit der Zeit ein gutes Bild in der Öffentlichkeit ergeben. Ich möchte festhalten, dass ich volles Vertrauen in den Stadtrat und seine Haltung habe.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Im Januar 2017 hat der Stadtrat eine neue Kommission ins Leben gerufen, die Fachkommission für Alters- und Generationenfragen. Unsere Fraktion ist sich sehr wohl bewusst, dass es sich um eine stadt-rätliche Kommission handelt, die vom Stadtrat besetzt wird und der Stadtrat die Mitglieder selber auswählen kann. Wir stellen uns aber auf den Standpunkt, dass eine solche Kommission ein Abbild der Bevölkerung sein soll. Für uns ist nicht zu erkennen, dass die Fraktion SVP/EDU in dieser Kommission vertreten ist. Es ist für uns auch ein Freipass, da wir nicht eingebunden sind. Es zeigt auch, dass der Stadtrat sich kritischen Meinungen nicht stellen will. Wie Sie wissen, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, stellen wir elf Personen des gesamten Gemeinderats. Es wäre wünschenswert, wenn der Stadtrat sich dem demokratischen Willen des Volks auch stellen würde. Ihr seid Stadträtinnen und Stadträte der gesamten Frauenfelder Bevölkerung.

Die Traktandenliste wurde den Gemeinderäten rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. – Da niemand das Wort zur Tagesordnung wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

101

MITTEILUNGEN**Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP):**

1. Mit Beschluss Nr. 362 vom 20. Dezember 2016 hat der Stadtrat den Gemeinderat über die Auftragserteilung zur Erarbeitung einer zukunftsfähigen Lösung für den Wärmering informiert.
2. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2016 hat Gemeinderätin Anita Bernhard den Rückzug der einfachen Anfrage „Punkt, das Magazin der Werkbetriebe“ zurückgezogen.
3. Mit Beschluss Nr. 1 vom 10. Januar 2017 hat der Stadtrat den Rücktritt des Wahlbüromitglieds Joschka Hausammann per 31. Dezember 2016 mitgeteilt.
4. Mit Beschluss Nr. 9 vom 10. Januar 2017 hat der Stadtrat die Motion betreffend „Aufenthalts- und Reisequalität, Sicherheit und Werterhalt im Herzen von Frauenfeld“ der Gemeinderäte Benjamin Stricker Zirfass und Heinrich Christ beantwortet und dem Gemeinderat beantragt, die Motion für nicht erheblich zu erklären.
5. Mit Beschluss Nr. 12 vom 10. Januar 2017 hat der Stadtrat die einfache Anfrage betreffend „Nutzung von urbanen Räumen Urban Gardening“ von Alt-Gemeinderat Peter Wildberger beantwortet.
6. Mit Schreiben vom 15. Januar 2017 hat Vize-Gemeinderatspräsident Christian Wälchli aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt als Vize-Gemeinderatspräsident erklärt. Er wird aber weiterhin im Gemeinderat verbleiben. Gemeinderat Christian Wälchli möchte an dieser Stelle ein Statement abgeben.

Gemeinderat Christian Wälchli (EVP): Wie ihr bereits der Presse entnehmen konntet, habe ich mich entschieden, vom Amt des Vize-Gemeinderatspräsidenten zurückzutreten. Dieser Entscheid basiert auf dem Hintergrund meiner gesundheitlichen Herausforderung und ist mir nicht leichtgefallen. Am 9. November letzten Jahres musste ich mich infolge einer akuten bakteriellen Herzendokarditis einer grösseren Operation unterziehen. Gottseidank bin ich auf dem guten Weg der Besserung. Ich bedanke mich für euer Verständnis, aber auch für eure zahlreichen persönlichen Zeichen der Ermutigung und guten Wünsche. Ich freue mich, weiter als Mitglied dieses Rats zum Wohl unserer Stadt wirken zu können und auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich danke Gemeinderat Christian Wälchli für sein Votum und wünsche ihm natürlich alles Gute und vor allem gute Gesundheit.

7. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat die Botschaft Nr. 19 vom 17. Januar 2017 betreffend „Gesamtrevision Beitragsordnung zur Finanzierung von Verkehrserschliessungsanlagen (Perimeterreglement)“ inkl. Entwurf der Beitragsordnung zur Finanzierung von Verkehrserschliessungsanlagen zugestellt.
8. Mit Beschluss Nr. 26 vom 24. Januar 2017 hat der Stadtrat die einfache Anfrage betreffend „Situation der familienergänzenden Angebote in Frauenfeld“ von Gemeinderat Christoph Keller beantwortet.
9. Die Referendumsfrist für das Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2017 ist am 30. Januar 2017 ungenutzt abgelaufen.
10. Da die Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar 2017 abgelehnt wurde, wird nach Rücksprache mit Gemeinderat Pascal Frey die einfache Anfrage mit dem Titel „Folgen der Unternehmenssteuerreform III“ abgeschrieben.

11. Mit Schreiben vom 4. Februar 2017 hat Jörg Schläpfer seinen Rücktritt per 30. März 2017 eingereicht. Die Demission wurde mit Beschluss Nr. 36 vom 14. Februar 2017 vom Stadtrat genehmigt. Da, wie Sie gestern informiert wurden, die Märzsession des Gemeinderats abgesagt wurde, ist dies für Gemeinderat Jörg Schläpfer die letzte Gemeinderatssitzung. Gemeinderat Jörg Schläpfer gehörte während sechseinhalb Jahren dem Rat an. Er wurde am 1. September 2010 als Nachfolger von Regula Brunner in den Gemeinderat gewählt. Er war vom 1. Juni 2011 bis 30. Oktober 2013 Mitglied der GPK Bau, Werke und Umwelt. Er gehörte vom 1. Juli 2015 bis 14. September 2016 der Spezialkommission Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte an und ist bis Ende März 2017 Mitglied der Spezialkommission Teilrevision Geschäftsordnung und Geschäftsreglement des Gemeinderats. Daneben amtierte Gemeinderat Jörg Schläpfer als Präsident der Fraktion FDP. Lieber Jörg, im Namen des Rats danke ich dir für das grosse Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit im Rat. Aber auch neben der Ratsarbeit hast du Einsatz gezeigt. Du hast nicht nur jedes Jahr beim Fussballspiel FC Gemeinderat gegen FC Stadtverwaltung und dem Plausch-Volleyball mitgespielt, sondern hast diese auch seit Jahren organisiert. Diese Events sind wichtig für die Zusammenarbeit im Rat und mit der Stadtbehörde. Herzlichen Dank dafür. Ich persönlich danke dir für die angenehme Zusammenarbeit in der Fraktion und für die Unterstützung, die ich von deiner Seite erfahren durfte. Deinen Rücktritt begründest du mit der baldigen Geburt deines Kindes und damit, dass du als Berufspendler deine Abende lieber mit der Familie verbringen möchtest als hier im Ratssaal oder an der Fraktionssitzung. Das ist für mich gut nachvollziehbar. Ich bin jedoch überzeugt, dass du dein grosses Interesse an der Politik behalten wirst. Ich würde mich nicht wundern, wenn wir dich bald wieder in der Politik begrüßen dürften. Vielleicht nicht im Gemeinderat, aber sonst in einem Amt. Ich wünsche dir alles Gute, viel Glück für all deine Vorhaben. Die Fraktion FDP hat Gemeinderat Philipp Geuggis als neuen Fraktionspräsidenten bestimmt. Ich wünsche Gemeinderat Philipp Geuggis viel Freude in seinem Amt.
12. Gemeinderat Andreas Elliker hat heute eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Freie Strasse“.
13. Zurzeit zirkulieren zwei Interpellationen, eine von Gemeinderätin Sandra Kern, Anita Bernhard und Robin Kurzbein mit dem Titel „Leben und Begegnen in Frauenfeld“ und eine zweite von Gemeinderätin Félicie Haueter mit dem Titel „Spitzenstromsperre“.
14. Auf Ihren Tischen finden Sie eine neue Sitzordnung sowie eine Adressliste der Gemeinderäte.

102

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 16. NOVEMBER 2016

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Das Protokoll der 16. Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2016 wurde am 24. Januar 2017 im Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Datum sind keine Änderungen eingetroffen. Gibt es Bemerkungen zum Protokoll? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Somit ist das Protokoll der 16. Sitzung vom 16. November 2016 des Gemeinderats genehmigt. Ich danke dem Ratssekretär Herbert Vetter und allen, die daran beteiligt waren, für die geleistete Arbeit.

103

ERSATZWahl DES VIZEPRÄSIDIUMS DES GEMEINDERATS FÜR DAS AMTSJAHR 2016/2017

(Nachfolge von Gemeinderat Christian Wälchli, Fraktion CVP/EVP)

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Aufgrund des Rücktritts von Christian Wälchli als Vize-Gemeinderatspräsident wurde diese Ersatzwahl notwendig. Die Fraktion CVP/EVP hat das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vizepräsidentiums für den Rest des Amtsjahrs 2016/2017.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Lieber Alt-Gemeinderats-Vizepräsident Christian Wälchli, ich danke vorerst dir im Namen der Fraktion für deinen Einsatz als Vizepräsident. Ein Amt, das du mit grosser Freude angetreten hast und gern und gut ausgeübt hast. Der Höhepunkt wäre im Mai gekommen, aber es hat nicht sollen sein. Deine Gesundheit hat dir im Herbst einen Streich gespielt. Die Gesundheit, Beruf und insbesondere die Familie sind bei dir richtigerweise in höherer Priorität als die Politik. Und so hast du mich in der ersten Januarwoche schweren Herzens darüber informiert, dass du als Vize-Gemeinderatspräsident resp. als Gemeinderatspräsident derzeit nicht mehr zur Verfügung stehen wirst. Wir bedauern dies sehr, wünschen dir von Herzen gute Besserung und freuen uns, dass du uns als Gemeinderat weiterhin zur Verfügung stehst. Vielleicht sieht es in fünf Jahren ja anders aus.

Um aufs Geschäft zurückzukommen: Die CVP/EVP-Fraktion schlägt Ihnen Gemeinderätin Susanne Dreyer, Gemeinderätin der CVP für das Vizepräsidentium des Gemeinderats für den Rest des Geschäftsjahrs 2016/2017 vor.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies ist nicht der Fall. Die Wahl des Vizepräsidentiums erfolgt gemäss Art. 56 Abs. 1 des Reglements geheim. Ich bitte Sie nun, den Wahlzettel auszufüllen und die Büromitglieder Gemeinderat Andreas Elliker und Gemeinderat Robin Kurzbein, die ausgefüllten Wahlzettel einzusammeln. Gleichzeitig schlage ich Ihnen vor, Gemeinderat Christian Wälchli für die heutige Sitzung als Stimmzähler zu wählen. Gibt es Einwände dagegen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung

Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP) wird mit 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Vize-Gemeindepräsidentin für den Rest des Geschäftsjahrs 2016/2017 gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich gratuliere Gemeinderätin Susanne Dreyer zur Wahl als Vizepräsidentin und wünsche ihr viel Freude im Amt. Ich bitte Sie, den Platz mit Gemeinderat Christian Wälchli zu tauschen.

104

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019

(Nachfolge von Gemeinderat Peter Wildberger, Fraktion CH/Grüne/GLP)

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Die Fraktion CH/Grüne/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die GPK Finanzen und Administration.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir schlagen Ihnen Gemeinderat Peter Heri vor, der durch seine bisherige politische Tätigkeit und seine berufliche Tätigkeit in der Geschäftsleitung der Spital Thurgau AG bestens für dieses anspruchsvolle Amt qualifiziert ist.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen.

Abstimmung

Gemeinderat Peter Heri wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied der GPK Finanzen und Administration gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen viel Freude an der Kommissionsarbeit.

105

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019

(Nachfolge von Hans Guggisberg, Fraktion SVP/EDU)

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Nach dem Rücktritt von Hans Guggisberg hat die Fraktion SVP/EDU das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2015-2019.

Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir schlagen Ihnen Maria Gysel, wohnhaft an der General Weber-Strasse 47 in Frauenfeld, geboren am 4. Oktober 1995, Heimatort Wilchingen, Beruf Studentin vor. Portiert wird sie von unserer Fraktion resp. schlussendlich von der EDU.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung

Frau Maria Gysel wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2015-2019 gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich gratuliere Frau Maria Gysel zur Wahl.

106

ERSATZWAHL EINES MITGLIEDS DES WAHLBÜROS FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019

(Nachfolge von Joschka Hausammann, Fraktion CH/Grüne/GLP)

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Nach dem Rücktritt von Joschka Hausammann hat die Fraktion CH/Grüne/GLP das Vorschlagsrecht.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir schlagen Ihnen für dieses Amt einen weiteren Spross einer berühmten, vielleicht auch berühmten Politikerfamilie vor, Frau Flora Hausammann, Jahrgang 1996, Bürgerin von Meikirch (BE), Studentin der Rechtswissenschaften.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung

Frau Flora Hausammann wird einstimmig als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Legislatur 2015-2019 gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich gratuliere Frau Hausammann zur Wahl und wünsche ihr viel Freude an der Arbeit.

107

MOTION BETREFFEND "AUFENTHALTS- UND REISEQUALITÄT, SICHERHEIT UND WERTERHALT IM HERZEN VON FRAUENFELD" DER GEMEINDERÄTE BENJAMIN STRICKER ZIRFASS UND HEINRICH CHRIST

Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Bei diesem Geschäft wird nun im Gemeinderat über die Erheblichkeit der Motion mit dem Titel „Aufenthalts- und Reisequalität, Sicherheit und Werterhalt im Herzen von Frauenfeld“ beraten und anschliessend darüber abgestimmt. Die schriftliche Beantwortung dieser Motion durch den Stadtrat erfolgte mit Beschluss Nr. 9 vom 10. Januar 2017. Wir kommen nun zur Beratung dieser Motion.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass (CH), Referent im Namen der Motionäre: Vor zehn Monaten, im April 2016, reichten wir die erwähnte Motion ein. Sie hat einen etwas langen

Titel bekommen, das tut mir leid. Uns interessierte damals und interessiert heute noch, wo im und um das Frauenfelder Zentrum Temporeduktionen Sinn machen könnten. Und zwar Sinn für die Sicherheit, für den Werterhalt der Gebäude, für die Attraktivität der Geschäfte, für den Umsatz der Geschäfte und natürlich für die Kunden und natürlich für den Verkehrsfluss. Wir unterstützen mit unserer Motion die stadträtliche Stossrichtung ausdrücklich und möchten einen Beitrag zur Stärkung von denjenigen Interessen leisten, welche bislang unseres Erachtens unter die Räder kommen. Ich möchte Sie dazu einladen, dies mit Ihren Voten heute ebenfalls zu tun, ganz unabhängig von Ihrer Entscheidung über die Erheblichkeit. Es freut uns sehr, dass fast die Hälfte dieses Rats die Motion mitunterzeichnete. Seit der Einreichung unserer Motion ist ja einiges passiert. Sie wissen das vielleicht auch, ich gebe Ihnen noch einen kurzen Abriss, wenn Sie erlauben. Die Begegnungszone der Altstadt wurde im Frühsommer 2016 definitiv. Der Kanton präsentierte ein beeindruckendes Langsamverkehrskonzept und die Stadt ist daran, ein solches zu erarbeiten. Koexistenz gilt als ein Schlüssel zur Bewältigung des Verkehrs in unseren engen und denkmalgeschützten Altstadtstrassen. Ganz geheuer ist dieses Prinzip allerdings noch nicht allen, insbesondere dann, wenn auf derselben Fahrbahn sowohl Tempo 50, also zum Beispiel ein Privatwagen, als auch Tempo 15, also zum Beispiel ein velofahrendes Kind, gefahren wird. Erlauben Sie mir zum Thema Koexistenz einen kleinen Exkurs.

Um Koexistenz – ein schöneres Wort ist miteinander – um ein Miteinander auf den Strassen zu erreichen, sind auf der Fahrbahn neue Tugenden gefragt. Mehr Mut und Selbstbewusstsein brauchen die langsameren und schwächeren Verkehrsteilnehmer, mehr Geduld und Übersicht brauchen die Schnelleren und Stärkeren. Und alle brauchen erheblich mehr Rücksicht und Respekt als heute, um dieses Miteinander zu erreichen. Diese Tugenden zu lernen und zu leben, wird eine Herausforderung ganz unabhängig von dieser Motion hier, und zwar wird es zu einer Herausforderung nicht für den Tiefbau, sondern für jeden einzelnen von uns.

Was bisher geschah: Die Stadt wollte 2016 im Rahmen einer nationalen Studie einen Versuchsbetrieb für reduziertes Tempo auf einer Kantonsstrasse durchführen – das ist erwähnt in der Beantwortung des Stadtrats. Leider hat der Kanton dies nicht genehmigt. Über die Gründe kann sich vielleicht Stadtrat Müller später noch äussern. Dann sind, vielleicht haben Sie es registriert, in der Vorstadt seit Kurzem die Mittelstreifen entfernt worden. Es sind 12 auf einer Länge von 110 Metern. Diese Massnahme erfolgte in der Erwartung, dass sich dadurch die durchschnittliche gefahrene Geschwindigkeit noch weiter reduziert, und zwar automatisch. Ob das funktioniert, werden wir dann sehen. Schliesslich soll 2017 im Rahmen der Umsetzung des Mobilitätskonzepts 2030 im Bereich Promenade-Vorstadt eine Umgestaltung des Strassenraums genauer geprüft werden, und zwar auch unter Mitwirkung der Direktbetroffenen und der Bevölkerung. Soviele zum Aktuellen.

Einiges ist freilich schon früher passiert resp. hat sich auch im letzten Jahr nichts geändert. Nämlich seit Jahren rauscht immer mehr Verkehr durch die Innenstadt und Lärm und schlechte Luft machen die Vor- und Innenstadt vor allem tagsüber unattraktiv oder auch ungemütlich. Hohes Tempo und wenig Platz sind ein gefährlicher Mix, dieser Mix macht die bestehenden Umfahrungen des Zentrums, zum Beispiel die Ringstrasse zu den gefährlichen Strassen für die schwachen Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Kinder und Betagte. Vielleicht wussten Sie, vielleicht wussten Sie auch nicht, dass beispielsweise die Kreuzung im Kreuzplatz ein Unfallschwerpunkt ist oder dass an der Ecke Ringstrasse/Speicherstrasse auch schon mal ein Fussgänger auf dem Fussgängerstreifen ums Leben gekommen ist. Oder dass immer mehr Eltern ihre Kinder zur Schule fahren aus Angst, ihr Kleines könnte unterwegs verunfallen. Und was ebenfalls immer noch gilt: Neue Strassen, auch Umfahrungen haben einen schweren Stand, das ändert sich mit der Zeit

nicht. Das wird eher noch schlimmer. Entweder haben sie den schweren Stand vor dem Volk oder vor dem Bund.

Zusammenfassend habe ich den Eindruck, es sei tatsächlich schon sehr viel Papier vollgeschrieben worden, sodass ich den stadträtlichen Wunsch danach, endlich zur Tat zu schreiten, gut verstehen kann. Tatsächlich umgesetzt wurde nämlich noch nicht viel. Stets hörten wir dann den Verweis auf die zentrumsentlastete Zukunft, welche aber noch immer in den Sternen steht. Wie in der Motion dargelegt, sind wir der Überzeugung, dass uns in Frauenfeld nicht allzu viele Möglichkeiten bleiben, dem Verkehr Herr zu werden. Ob und wo Temporeduktion eine Lösung ist, sollte jetzt geprüft werden, so finden wir. Und zwar sollte diese Prüfung nicht für einen einzelnen Abschnitt, sondern über den ganzen Zentrumsperimeter erfolgen. Leider führen wir die heutige Diskussion ohne den Herrn über die wichtigen Zentrumsstrassen, also das kantonale Tiefbauamt. Es blieben diesbezüglich auch zahlreiche Fragen offen, die uns aber hoffentlich schon bald beantwortet werden. Jedenfalls wurde mir das in Aussicht gestellt. Wir möchten dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Motion herzlich danken. Unsere Stellungnahme haben wir uns erlaubt, Ihnen bereits letzte Woche zuzustellen und auf Ihre Meinungen sind wir natürlich gespannt.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Zuerst unsere Fraktionsentscheidung zur Erheblichkeitserklärung vorweg: Wir sind ohne Gegenstimme dagegen, die Motion für erheblich zu erklären, weil wir der Meinung sind, dass der geforderte Bericht ausser Kosten keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Wir haben aber zwei deutliche Aber dazu.

1. Wir wundern uns sehr, wie lange die Beantwortung dieser Motion gebraucht hat, insbesondere da die Antwort schliesslich recht schmalbrüstig ausfällt. Wir haben es schon gehört von den Motionären, beinahe zehn Monate sind zwischen dem Einreichen und der Beantwortung der Motion vergangen. Wir haben auch gehört, was alles gelaufen ist in dieser Zeit, insbesondere das Gesuch zur Teilnahme am nationalen Forschungsvorhaben Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen oder auch wie in der Antwort steht die Antwort der Anfrage betreffend zentrumsnahe Stadtentlastung vom 28. Juni. Auch weitere Etappen sind in der Zeit in Angriff genommen worden. Es wurde offensichtlich gearbeitet an diesem Thema und es wird auch gearbeitet. Da ist es für uns unerklärlich, dass es nicht hätte möglich sein sollen, mit Hinweis auf die laufenden Diskussionen die Motion schneller zu beantworten. Da fragen wir uns, wie ernst die ausführliche Arbeit der Motionäre genommen wurde.
2. Wir fordern beim Thema Verkehrsplanung eine offensivere Informationspolitik. Die Verkehrsplanung in Frauenfeld ist eine emotionale Sache von grossem Öffentlichkeitsinteresse. Jedes Mal, wenn ein Autofahrer im Stau steht, wenn ein Velofahrer sich durch die Autokolonne schlängelt oder ein Anwohner sich über Verkehrsbelastung ärgert, fragt man sich, ob denn da nichts unternommen wird. Ob berechtigt oder nicht, die Emotionen und die Fragen sind da und sie wollen ernstgenommen werden. Da wünschen wir uns, dass wir als Gemeinderat über die Überlegungen und Massnahmen des Stadtrats ausführlicher informiert werden als mit dem wiederholten Hinweis auf das Mobilitätskonzept 2030, welches ja keine konkreten Massnahmen enthält.

Wir haben uns auch gewundert, dass in der Antwort auf die Motion kein Hinweis auf die Machbarkeitsstudie Stadtentlastung Frauenfeld gemacht wurde, welche gemäss Zeitung gemeinsam mit dem kantonalen Tiefbauamt in Auftrag gegeben wurde und am exakt gleichen Tag im

Stadtrat beschlossen wurde, an dem die Antwort auf die Motion verfasst wurde. Das ist doch eine verpasste Chance, dass man in die Antwort gerade auch eine Erwähnung von dem, was gerade im Moment unternommen wird, hätte schreiben können. Wir wissen alle, dass wir heute im Anschluss an die Sitzung zum Hallenbad 2020 informiert werden, genau eine solche offensive Informationspolitik wünschen wir uns auch bei der Verkehrsplanung, damit wir in der Stossrichtung mitdenken und mitreden können, bevor alles feststeht. Gerade auch hinsichtlich des in der Antwort bis Ende 2017 versprochenen Konzepts Verkehr Innenstadt fordern wir, dass offensiv über die Ideen und die Stossrichtung informiert wird. Wenn der Gemeinderat einbezogen und mit im Boot ist, wird der Stadtrat auch von unliebsamen Gegenwinden aus unseren Reihen verschont werden.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wir finden es falsch, bei diesem Thema einfach abzuwarten. Denn die Lebensqualität kann unserer Meinung nach mit einer Temporeduktion klar erhöht werden. Die beschriebenen Strassen weisen diverse Gefahrenstellen auf. Und der Langsamverkehr soll ja weiter zunehmen. Deshalb muss für alle Verkehrsteilnehmer eine möglichst klare Regelung geschaffen werden. Eine temporeduzierte Strasse ist auch einfacher zu befahren für ein normales Motorfahrzeug. Wenn nämlich der Autofahrer weiss, dass er den mit 15, 20 oder je nachdem sogar 30 km/h vor sich herfahrenden Velo- oder E-Bike-Fahrer nicht überholen kann, wird er sich auch nicht zu gefährlichen Überholmanövern verleiten lassen, wie man sie zum Beispiel in der Ringstrasse oder der Vorstadt beobachten kann. Strassen sind also für alle statt nur für wenige. Ganz böse könnte man behaupten, der Stadtrat warte hier zu, bis vielleicht der Kanton etwas umgesetzt hat oder die Entlastungsstrasse irgendwann gebaut wird. Beides wird noch eine Weile dauern. Wir wissen aber, dass der Stadtrat durchaus am Zug ist, wir finden aber auch, es ist langsam Zeit für konkrete Massnahmen. Wir möchten dem Stadtrat den Mut geben, hier weiterzumachen, wo er bereits den Fuss drin hat oder hatte. Klar, der Kanton hat das endgültige Wort und hat den Stadtrat auch schon zurückgewiesen. Aber deswegen den Mut oder auch nur den Schwung zu verlieren, wäre falsch.

Das Konzept Verkehr Innenstadt soll ja bis Ende Jahr vorliegen. Von da her könnten wir uns gut vorstellen, dass der von den Motionären geforderte Teilbereich daraus quasi entnommen und uns dann zur Diskussion vorgelegt werden kann. So kann die Motion relativ kostengünstig umgesetzt werden. Und wenn es bis im Sommer nicht reicht, sind wir auch nicht böse, wenn der Stadtrat die Umsetzung in diesem Fall mit der entsprechenden Begründung ein oder zwei Monate hinausschiebt. Wir finden zusammenfassend also, dass der Bericht durchaus sinnvoll sein kann, um die politischen Konsequenzen im Rat zu diskutieren und dem Stadtrat mitzugeben und sind deshalb für eine Erheblichkeitserklärung der Motion.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir danken dem Stadtrat für die sauber verfasste Beantwortung der Motion Aufenthalts- und Reisequalität, Sicherheit und Werterhalt im Herzen von Frauenfeld. Dass die Motionäre aufs Gaspedal oder besser gesagt in die Pedale drücken wollen, um die Qualität in der Innenstadt zu erhöhen, ist sicherlich lobenswert. Es soll etwas gehen. Wenn aber der Eigentümer der Strassen die stadträtlichen Bemühungen abbremst oder sogar stoppt, ist es nicht angesagt, hier noch weiter Geld für Studien auszugeben. Der Stadtrat hat schon mehrere Studien und Berichte zum Thema Tempo und Verkehrsführung ausarbeiten lassen. Die Vorteile und Nachteile einer möglichen Temporeduktion sind bekannt und in der Beantwortung dargelegt. Weitere Berichte zu diesem Thema sind zurzeit in Arbeit und sollen noch in diesem Jahr mehr Aufschluss darüber geben. Einen zusätzlichen Bericht braucht es daher nicht. Es wäre reine Mittelverschwendung und der Bericht

würde keinen Mehrwert generieren. Was zudem aus Sicht der FDP klar vor einer Massnahme zur Temporeduktion notwendig ist, ist die Realisierung einer Stadtentlastungsstrasse. Nur die ermöglicht es überhaupt, die von den Motionären angestrebte Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in der Innenstadt zu erlangen. Ohne diese Entlastung werden immer noch gleich viele oder sogar mehr Fahrzeuge durch die Innenstadt fahren und bei einer Temporeduktion sogar noch länger brauchen, bis sie den angesprochenen Perimeter durchquert haben. Auch besteht die Gefahr, dass die Verkehrsteilnehmer auf Nebenstrassen ausweichen. In der Innenstadt kann man während der hochfrequentierten Verkehrszeiten auch heute praktisch nie mit 50 fahren. Wenn kein hohes Verkehrsaufkommen herrscht, muss man dies aber dürfen und soll nicht von einer Verkehrsinsel abgebremst werden. Die Sicherheit ist aus Sicht der FDP auch heute ohne diese Massnahme sehr hoch. Lassen wir doch das Tempo bis zur Umsetzung der Stadtentlastung bei 50, dann werden auch die E-Bike-Fahrer von Bussen wegen überhöhter Geschwindigkeit verschont. Die MIVler satteln nicht um. Anzustreben ist das Gesamtkonzept inklusive Stadtentlastungsstrasse. Frauenfeld muss dort in die Pedalen treten, muss dort Weichen stellen und muss dort die Beine in die Hand nehmen. Erst dann kann entschleunigt werden. Die Fraktion FDP ist einstimmig gegen eine Erheblicherklärung der Motion und stimmt dem Antrag des Stadtrats zu.

Gemeinderat Kurt Sieber (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Diese Motion spricht ein sehr wichtiges Verkehrsproblem an, jedoch begrenzt auf ein lokales Verkehrsproblem und nicht das vorhandene Verkehrsproblem auf dem ganzen Stadtgebiet. Die Motionäre betonen, in der Diskussion um die Regeln in diesen unseren öffentlichen Räumen und Plätzen müssen deshalb auch weitere Interessenvertreter mitbestimmen können. Gewerbetreibende, Anwohner, Stadtentwicklung, ÖV, Fussgänger, Velofahrer, Schulen etc. Wurde der motorisierte Individualverkehr vergessen? Oder bewusst nicht aufgeführt? Es wurden bisher zahlreiche Massnahmen für den Langsamverkehr ergriffen und umgesetzt. Zum Beispiel der Veloweg Felben-Gachnang, die Neugestaltung der Neuhauserstrasse, um nur gerade die Wichtigsten aufzuzählen. Um die Innenstadt für den Besucher mit dem Auto unattraktiver zu machen, wurden oberirdische Parkplätze beim Regierungsgebäude und an der Promenadenstrasse entfernt und an der Freie Strasse ist in absehbarer Zeit auch mit einer Reduktion zu rechnen. Wir wollen eine Gesamtverkehrslösung auf dem kompletten Stadtgebiet. Somit muss die ganze Kraft und Energie auf eine Gesamtverkehrslösung fokussiert werden. Ohne eine Realisierung der stadtnahen oder stadtfernen Umfahrung können die Probleme mit den Kantons- und Gemeindestrassen nicht gelöst werden. Temporeduktionen können zur Verkehrsberuhigung beitragen, aber in unserer Stadt sind diese Temporeduktionen schon sehr weit fortgeschritten. Was lokale Verkehrsproblemlösungen bringen, haben wir bei der veränderten Verkehrsführung beim Lindenspitz gesehen. Der gesamte Verkehr wird auf eine einzige Strasse gezwungen und produziert somit mehr und längeren Stau. Zudem werden die Schleichwege als Umfahrung genutzt und die Verkehrslast in andere Quartiere verlagert. Die schon jetzt bestehenden 30er-Zonen, die der Stadtbus befahren muss, zwingen die Stadtbuschauffeusen und Stadtbuschauffeure, die signalisierte Höchstgeschwindigkeit zu überschreiten, damit diese den Fahrplan einhalten können. Wir benötigen eine Kompromisslösung auf dem ganzen Stadtgebiet, die den Langsamverkehr, den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr nicht gegenseitig ausspielt, sondern eine gerechte und vernünftige Lösungsfindung für alle Verkehrsteilnehmer. Hier ist eine sachliche Beurteilung notwendig und keine ideologische Bevorzugung angebracht. Dabei ist zu bedenken, dass der innerstädtische öffentliche Verkehr, sprich Stadtbus ebenfalls die Strassen benutzen muss und eine Lösung, die den motorisierten Individualverkehr benachteiligt, auch den Stadtbus benachteiligt. Nur zwingende sicherheitsrelevante Anpassungen dürfen realisiert werden. Die Fraktion SVP/EDU wird einstimmig gegen die Erheblichkeit stimmen.

Gemeinderätin Irina Meyer (GLP), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Die innerstädtischen Kantonsstrassen stellen zwischen dem Kanton und der Gemeinde Frauenfeld ein Konfliktpotenzial dar. Wie ist es möglich, dass wir als Stadt nicht an einem nationalen Forschungsvorhaben Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen teilnehmen dürfen? Obwohl dies nachweislich als Stossrichtung bezeichnet wird und um die Zustände in der Innenstadt zu verbessern. Im Gesamtverkehrskonzept des Kantons ist zudem eine weitere Stossrichtung aufgeführt, um den zunehmenden Mobilitätsbedarf durch verstärkte Koordination der Verkehrsträger zu bewältigen, sprich eine bauliche Entwicklung nach innen und die Förderung von ÖV und Langsamverkehr in den Zentren. Im Mobilitätskonzept 2030 steht, dass eine Entlastungsstrasse in den nächsten 15 Jahren kein Thema sein wird, was wir als Fraktion sehr begrüßen. Stattdessen wird das Aufwerten und Sanieren der innerstädtischen Hauptverkehrsachsen als prioritär angeschaut. In der Beantwortung der Motion wird jedoch genau diese Entlastungsstrasse als Schlüssel einer Temporeduktion bezeichnet. Hier möchte ich noch erwähnen, dass wenn man langsamer fährt, es weniger Stau gibt, nicht umgekehrt. Ich stelle hier die Frage auch noch: Wird es in den nächsten Jahren einfach beim Status quo bleiben? Wir fänden dies allerdings nicht sehr gut und wollen, dass der Stadtrat Handlungsfreiheiten bekommt, um die momentan existierenden Probleme auch mit einem Bericht belegen zu können. Es soll nicht einfach ein weiteres Verkehrskonzept sein, sondern eine genaue Untersuchung mit konkreten Massnahmen für die Innenstadt. Das Thema Temporeduktion soll als Thema in der Innenstadt aktiv angegangen werden. Wie schon erwähnt, sehen wir diesen Bericht als Chance für den Stadtrat, das Subsidiaritätsprinzip zu stärken, sprich dem Kanton gute Gründe zu liefern, weshalb wir hier als Stadt handeln können und müssen. Unsere Fraktion spricht sich daher dafür aus, die Motion für erheblich zu erklären.

Gemeinderat Peter Heri (Grüne): Zuerst möchte ich mich bei den Motionären Benjamin Stricker und Heinrich Christ für das Einreichen der Motion bedanken. Sie zeigt die grüne Seele und die vorausdenkende verkehrspolitische Kompetenz der Fraktion CH/GP/GLP. Die Forderung der Motionäre nach einer Aufweichung der Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer passt zu einigen Leitsätzen des Mobilitätskonzepts der Stadt Frauenfeld. Unter stadtverträglicher Mobilität wird darin zum Beispiel die Koexistenz der verschiedenen Verkehrsteilnehmer verstanden oder dass die Verkehrsflächen für den motorisierten Individualverkehr in den nächsten Jahren grundsätzlich gleich gross bleiben sollen. Die Forderung der Motionäre leistet einen Beitrag zur Verwirklichung dieser Leitsätze, denn eine Senkung der Geschwindigkeit ermöglicht ein sichereres Nebeneinander der Verkehrsteilnehmer und eine dichtere Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur. In Zeiten knapper öffentlicher Gelder und anerkanntem Wunsch nach haushälterischem Umgang mit Grund und Boden ist die Optimierung der Auslastung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur das Gebot der Stunde. Nebst einer Senkung der Geschwindigkeit werden dafür aber noch weitere Massnahmen nötig sein. Lassen Sie mich kurz ein bisschen ausholen.

Der nächste Entwicklungsschritt wird von der Sharing-Economy kommen. Nicht nur die Strassen werden gemeinsam genutzt, sondern auch die Autos. Die Mittel für die Optimierung der Autonutzung stehen heute bereit, sie sind keine Utopie mehr. Ich spreche nicht von selbstfahrenden Autos. Nein, sondern von gemeinsamer Nutzung der Autos, optimiert über eine App auf dem Smartphone. Der Effekt ist durchschlagend. Die New Yorker haben es ausgerechnet am Beispiel ihrer Taxiflotte. Werden die Fahrten über eine App laufend koordiniert und die Taxis gemeinsam genutzt, sind von den heute 13'000 Taxis in New York noch 3000 notwendig, um die gleiche Transportleistung zu erbringen, notabene unter Inkaufnahme einer lediglich minimalen Verlängerung der Fahrzeit und einer durchschnittlichen Wartezeit von 2,7 Minuten. Und auch die Autoindustrie hat die Zeichen der Zeit erkannt und setzt auf diese neuen Konzepte.

Viele grosse Autokonzerne wie GM, Opel, BMW, VW oder Toyota gehen Partnerschaften mit Carsharingfirmen ein. Ich denke, auf solch neue Entwicklungsansätze ist die zukünftige städtische Verkehrspolitik auszurichten. Sie bringen Verkehrsentslastung – ohne neue Strassen sogar.

Aber wieder zurück zur Motion und hier hake ich der Fraktionssprecherin nach und einigen vorhergehenden Voten. In der Beantwortung stört mich der Satz „Es ist vorgesehen, dass zum Zeitpunkt der Erstellung einer Stadtentlastung innerstädtische Kantonsstrassen der Stadt abgetreten werden.“ Das heisst, bevor die Stadtentlastung gebaut ist, kann die Stadt nicht über die innerstädtischen Strassen bestimmen. Im Licht der obigen Ausführungen zu den neuen verkehrspolitischen Entwicklungen ist diese Haltung des Kantons nicht mehr zeitgemäss und klingt sogar ein wenig erpresserisch. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, dass sich die Stadt vom Kanton emanzipiert, damit sie in der Verkehrspolitik eigenständig handeln kann. Danke für Ihre Unterstützung für die Erheblicherklärung der Motion.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Ich halte mich kurz. An die Fraktion SVP/EDU und an die FDP-Fraktion gerichtet möchte ich ausdrücklich betonen, es braucht keine Entlastungsstrasse in Frauenfeld. Das hat das Stimmvolk am 11. März 2007 deutlich, ja relativ deutlich entschieden. Ja, es war knapp. Aber es gab ein Nein und 60 Prozent des Verkehrs in Frauenfeld sind hausgemacht von einem Quartier ins andere. Ich meine, in Frauenfeld kann man sehr vieles auch zu Fuss machen. Von einem Gesamtverkehrskonzept zu reden, finde ich müssig, das gibt es nicht. Da fangen wir irgendwo an und hören irgendwo auf. Die Motionäre haben richtig erkannt, dass das Augenmerk auf gefährliche Strassen gerichtet werden muss. Wir haben vorhin gehört, bei der Vorstadt wurde ein bisschen Makulatur gemacht mit der Entfernung der Mittelstreifen. Die Ringstrasse ist sehr gefährlich, das wissen wir. Meines Erachtens die gefährlichste Strasse in Frauenfeld überhaupt ist der Altweg. Dort hätte man schon längstens Tempo 30 einführen müssen. Ich meine, die Motion zielt in die richtige Richtung. Der Stadtrat ist hier definitiv zu langsam unterwegs, deshalb bitte ich Sie um Erheblicherklärung.

Gemeinderätin Anita Bernhard (CH): Erst einmal auch herzlichen Dank an die Motionäre Heinrich Christ und Benjamin Stricker, die mit ihrem Wunsch nach einem Bericht zur Auswirkung einer Temporeduktion auf die Aufenthaltsqualität und den Verkehrsfluss in der Frauenfelder Innenstadt eine rege Diskussion entfacht haben. Bei der stadträtlichen Antwort war für mich vor allem die ablehnende Stellungnahme des Kantons gegenüber einem vorzeitigen Versuchsbetrieb, eine Temporeduktion in der Frauenfelder Innenstadt durchzuführen, enttäuschend. Dies obschon die positive Wirkung einer Temporeduktion als solche vom Kanton erkannt worden und u.a. als mögliche Massnahme Gegenstand des kantonalen Langsamverkehrskonzepts ist. Diese Haltung verunmöglicht, dass kostengünstige flankierende Massnahmen erst einmal ohne weitere Konzepte und ohne Entlastungsstrasse, also baldmöglichst umgesetzt werden können. Dabei würden die meisten einfachen Eingriffe die Sicherheit der einzelnen Verkehrsteilnehmer erhöhen sowie das freundliche Miteinander und die Aufenthaltsqualität in der Frauenfelder Innenstadt sicherlich um einiges verbessern. Wäre es nicht an der Zeit, dass die einzelnen Gemeinden mehr Autonomie und Kompetenz über ihre Strassen erlangen? Die Stadt Zürich zum Beispiel ist künftig befugt, Tempo 30 in eigener Kompetenz zu signalisieren, falls die Geschwindigkeitsreduktion keine oder sogar eine positive Auswirkung auf den Verkehrsfluss in der Region hat. Frauenfeld hat zudem die Möglichkeit, den Transitverkehr auf Bundesstrassen anzubieten. So kann unsere Altstadt jederzeit elegant umfahren werden. Die Frauenfelder Innenstadt sollte alle ihre Passanten und nicht einseitig für den motorisierten Durchgangsverkehr attraktiv sein. In diesem Sinn bitte ich Sie, die Motion für erheblich zu erklären.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP): Ich kann mich mit meiner Meinung voll meiner Fraktion und vor allem dem Votum der FDP-Fraktion anschliessen. Wenn ich als langjähriger Gemeinderat so zuhöre, habe ich das Gefühl, dass die meisten Leute hier im Saal nicht als Gewerbler unterwegs sind, sondern irgendwo als Private. Ich gebe euch recht, wir könnten die Autos teilen. Kein Problem. Freizeitverkehr: Ich packe Cervelats in meinen Rucksack – früher für die Kinder, heute mache ich es mit meiner Frau – blockieren Sie diese Leute, sagen Sie diesen Leuten, sie sollen einen Cervelat einpacken, es ist gut. Aber denken Sie daran, allein was beim Spital oben gebaut wird, ist jedes Jahr allein, was meine Firma herausholen darf, zwischen 20'000 und 30'000 Kubik Aushubmaterial. Und ich bin ein ganz kleiner Furz innerhalb unseres Gewerbes. 20'000 bis 30'000 Kubik und die gehen durch unsere Stadt durch. Mit Chauffeuren, die ein Anrecht haben, dass auch sie sich nicht aufregen müssen und nicht irgendwelche Strapazen erleiden müssen. Genau gleich wie der Fussgänger auch. Es ist egal, ob es schweizerische oder ausländische Chauffeure sind, sie haben ein Anrecht darauf, auch anständig durch die Stadt zu kommen. Also denken Sie einfach daran, wir haben ein Gewerbe und das Gewerbe floriert in dieser Stadt. Warum floriert es? Weil wir Stadtentwicklung machen. Weil wir stolz darauf sind, dass wir 24'000 Leute haben. Stolz darauf, dass wir bald 30'000 Leute haben und weiss nicht was alles. Und jeder dieser tausend, der da kommt, und jeder einzelne, der da kommt, bringt irgendetwas mit sich. Entweder einen Neubau eines Hauses, eine neue Fabrik, eine neue Gewerbehalle, egal was. Und wenn es so ist, dass wir die S-Bahn am Schluss verdreifachen müssen, damit wir alle nach Zürich zur Arbeit können. Es gibt also schon nicht nur den Privaten. Beim Privatverkehr gebe ich Ihnen völlig recht. Aber das eine ist, Sie spielen das Gewerbe gegen den Privatverkehr aus. Das andere ist, bei der ganzen Stadtentwicklung gehört der Verkehr dazu. Noch nie wurde mir bei Sitzungen im Gemeinderat über Verkehrsdiskussionen so deutlich bewusst, wo die Diskrepanz ist, wenn wir die Stadt entlasten. Von der FDP wurde deutlich gesagt, wir sind für eine Stadtentlastung. So deutlich habe ich es schon lange nicht mehr gehört von dieser Partei. Beim Stadtrat bin ich mir so gut wie nicht sicher, ob er für eine Stadtentlastung ist, sonst merkt man relativ wenig. Aber wir könnten mit dieser Stadtentlastung, egal, wo wir sie bauen, all die Forderungen der linken Seite erfüllen. Und wenn ich dann höre, dass wir nun stolz darauf sind, dass wir demarkiert haben in der Zürcherstrasse-Vorstadt, wenn Sie vor 15 Jahren eine Linie auf einer Strasse demarkiert hätten, hätte es einen Aufruhr gegeben wegen der Sicherheit. Was haben Sie das Gefühl, wenn ein Fünffachser mit 2.50 Meter Breite mit einer 70-jährigen Frau oder Mann – spielt keine Rolle – kreuzt, wie diese Angst bekommt ohne Mittellinie. Wir sagen heute zwar stolz, was wir alles gemacht haben, aber setzen Sie das in die Realität um. Wenn wir das machen wollen, müssen wir, und das machen wir Gewerbler oft, wenn es irgendwie geht, die grossen, breiten Strassen benutzen. Das ist einer der möglichen Schritte, die wir haben. Im Übrigen wurde die F21 mit 51,6 Prozent abgelehnt. Mein Votum ist ganz klar. Nach meiner Meinung haben wir keine Lösung. Wir werden auch weiterhin keine Lösung haben, weil sich Rechts und Links immer zunehmend miteinander bekämpfen. Wo ich aber den Vorwurf mache, und diesen mache ich dem Stadtrat, ist, dass er hier drin keine Lösung erzwungen hat. Die letzte Lösung hier drin zum Verkehr gab es damals mit der Abstimmung der F21. Damals hat die Linke verloren, die Rechte hat gewonnen, bei der Abstimmung war es umgekehrt. Und dies ist mein Vorwurf an den Stadtrat. Alles andere hat er wahrscheinlich korrekt gemacht, wie es ist. Ich muss einfach bitten, wenn Sie über Entlastung reden, wir reden über Fussgänger. Wenn Sie übers Zusammenleben reden, denken Sie daran, wir haben ein Gewerbe und das ist die Wirtschaft. Ich mag nicht alle Unternehmungen gern leiden, es ist die Wirtschaft, die sagt, wie gut es uns geht und ob wir solche Probleme, wie wir sie jetzt haben, überhaupt diskutieren können. Solange wir wachsen können, gibt es Wirtschaft. Und zur Wirtschaft gehört nun mal auch der Verkehr. Ich habe keine Probleme, wenn man den Verkehr irgendwo auf die Schiene bringen oder in den Bus hineinbringen will. Aber auch Sie bringen nicht die 24'000 Leute weder auf den Bus noch auf

die Schiene. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Was Privatverkehr ist, gehe ich mit Gemeinderat Heri einig, da könnt ihr schon morgen etwas umkehren. Aber das Gewerbe muss irgendwo halbwegs funktionieren können. Ich muss Sie schon bitten, als einer der wenigen Bürgerlichen habe ich diese Motion unterschrieben. Ich wollte damals vor einem Jahr eine Brücke schlagen, dass wir vielleicht miteinander eine Lösung suchen könnten, und habe das als Lösungsansatz gesehen, auch die Diskussion mit Gemeinderat Stricker. Leider hat der Stadtrat meine Absicht unterlaufen und gleich selbstständig etwas gemacht, denn die Motion war, zumindest wie ich sie abgemacht habe, nicht ausführlich mit Tempo 30, sondern Temporeduktionen. Tempo 30 ist auch so etwas. Es gibt in Gottes Namen Strassen – und das sage ich Ihnen als Strassenbauer, jede Strasse hat ihre Funktion. Wir können es auch umkehren. Wir können sagen, in dem Kanton fährt der Kantonsstrassenbenutzer auf den Kantonsstrassen und alle, die beim Spital in die Kantonsstrasse einbiegen wollen, beim Feuerwehrdepot oder bei der Ringstrasse, könnten auf einmal stehen, weil es Kantonsstrassenbenutzer sind. Dann hätten wir das Problem nämlich auch gelöst. Dann hätten wir innert kürzester Zeit einen Riesendruck auf alle Leute, die beim Spital oben wohnen, weil sie nämlich nicht mehr in die Kantonsstrasse hinein könnten. Momentan ist es so, dass wir die Kantonsstrassen stehen lassen. Das sehen sie so nicht. Und wenn Zürich erwähnt wird, wenn Sie zum Beispiel die Umfahrung West anschauen, wenn Sie von Basel her kommen und Sie fahren den Westring, stehen Sie im Stau. Aber das ist immer noch schneller, als nach Zürich hineinzufahren. Wenn Sie nach Zürich fahren, stehen Sie mit Absicht im Stau, mit Recht, denn da staut es, weil es eine Strasse gibt. Und das ist hier nicht der Fall. Wenn ich von Matzingen nach Frauenfeld fahre, ist es nicht die Idee, dass ich als anständiger Bürger länger brauche, als wenn ich in Matzingen rechts fahre Richtung Altholz, ein bisschen schnell fahre, beim Spital hinein und bin schneller beim Rathaus als der, der offiziell die Kantonsstrasse nimmt und in Matzingen beim Trocadero so lange stehen bleiben muss, weil er nicht hineinkommt. Das sind Facts. Wir wollen etwas machen, und zwar nicht unbedingt wegen uns, sondern denken Sie mal an Gerlikon, was Gerlikon an Schleichwegen hat. Wer in Gerlikon wohnt, weiss, wovon ich spreche, sonst empfehle ich Ihnen, an irgendeinem Tag dort oben hinzustehen. Irgendwo geht die Wirtschaft durch, irgendwo müssen sie die Kilometer machen. Und jeder Kilometer mit dem Lastwagen kostet Geld. Einfach, dass das auch mal gesagt ist. Ich muss Sie schon bitten, wenn wir eine Brücke zueinander schlagen wollen, müsste man das eine vielleicht nachgeben und das andere vielleicht wissen. Und das wäre eigentlich die Aufgabe des Stadtrats. Was ich dem Stadtrat ankreide, wobei ich immer das Gleiche sage, der Stadtrat hat bei der Verkehrsplanung jede Schlacht gewonnen, aber wir kriegen schon seit zehn Jahren. Und keiner hat bisher den Krieg gewonnen. Das bringt auch nichts. Ich muss Sie bitten, diese Motion nicht erheblich zu erklären, obwohl ich einmal dafür war.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Als Mitmotionär erlaube ich mir auch noch einige Bemerkungen und nehme dabei Bezug auf die bisherige Diskussion. Vielen Dank schon mal für alle Ihre Voten bis jetzt.

Vielleicht zuerst eine grundsätzliche Bemerkung: Insbesondere von Kurt Sieber wurde suggeriert, dass sich unser Anliegen gegen die Autofahrer richten würde. Das ist ein grosses Missverständnis. Entschleunigung oder Temporeduktion – es muss nicht Tempo 30 sein, es könnte auch Tempo 30 sein – ist nicht gegen das Auto gerichtet. Es geht nur um die Frage, wie schnell darf ich mit meinem Auto, mit meinem Lastwagen irgendwo durchfahren. Ich kann es ein bisschen verdeutlichen, wenn ich die Parteiprogramme der bürgerlichen Parteien anschau. Zum Beispiel die SVP fordert tiefere Steuern. Das ist genau eine billige Massnahme, damit Sie Steuern sparen können, verglichen mit dem Tunnel, den Sie fordern. Und auf die Migration und die EU und die anderen Punkte, mit denen Ihr euch beschäftigt, wird es keinen Einfluss haben. Die FDP fordert

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Eine Tempoentschleunigung ist eben genau eine freiheitliche Lösung im Vergleich zum Beispiel zu Einbahnsystemen oder zu Verboten. Es wird niemandem verboten, irgendwo durchzufahren. Und Sie werden mir ja nicht sagen, dass die Differenz zwischen 30 und 50 oder zwischen 40 und 50 den Inhalt Ihrer Freiheit darstellt. Das glaube ich nicht. Die CVP – Familie, nachhaltige Umwelt, Wirtschaftsstandort: Es geht eben genau um Rücksicht auf Familie, auf Kinder, auf ältere Menschen. Umwelt muss ich glaub nicht weiter ausführen. Zum Wirtschaftsstandort komme ich nachher noch. EVP: Ressourcen, Umwelt, Gerechtigkeit, Menschenwürde. Ich glaube, das sagt schon alles. Und die berechtigten Anliegen des Gewerbes: Natürlich brauchen wir Gewerbe, natürlich brauchen wir eine starke Wirtschaft. Ich weiss aber nicht, wenn wir nur noch 40 statt 50 fahren dürfen, ob das ein unanständiges Durchkommen ist. Macht das wirklich so viel aus für die Wirtschaft, wenn wir etwas langsamer unterwegs sind?

Verschiedene von Ihnen haben vom Entlastungstunnel gesprochen. Früher hat man noch vom Tunnel gesprochen, jetzt heisst es Entlastungsstrasse. Wie auch immer, Sie erhoffen sich von dieser Entlastungsstrasse einiges, und immerhin eine grössere Minderheit steht auch hinter Ihnen. Heute wäre es vielleicht auch eine Mehrheit, wer weiss. Der Punkt ist nur, wir sollten nicht Politik machen für unsere Kinder. Wenn ich mal nach vorne schaue, vielleicht bin ich schon Grossvater und habe Enkelkinder, bis der Tunnel eröffnet wird. Vielleicht ist Jörg Schläpfer dann schon Regierungsrat und auch schon Grossvater. Ich glaube, als Politiker sind wir verpflichtet, auch an das Hier und Jetzt zu denken. Die Massnahmen, die wir geprüft haben wollen, sind genau solche Massnahmen für das Hier und Bald – Jetzt ist vielleicht ein bisschen optimistisch, wenn man denkt, wie lange es schon gedauert hat, bis nur schon die Motion beantwortet war.

Natürlich ist Temporeduktion, Tempo 30 oder Tempo 40 an gewissen Stellen keine Lösung. Wir brauchen auch keine Lösung, Sie können sich die Lösung chemisch vorstellen, dann ist es nicht unbedingt angenehm. Sie können die Lösung auch religiös im Sinn von Erlösung sehen. Wir brauchen auch keine Erlösung. Schlussendlich brauchen wir aber einen pragmatischen Umgang mit dem Verkehr. Verkehr gehört zu unserer Gesellschaft, der Verkehr, den die Wirtschaft produziert, auch Freizeitverkehr, es ist grundsätzlich auch ein Recht der Menschen, sich zu bewegen, mobil zu sein. Wir können diese Herausforderung niemals lösen, aber wir können einen pragmatischen Umgang damit finden. Und da verspreche ich mir von diesen Massnahmen, wie wir sie in der Motion auch skizziert haben, relativ viel. Ich freue mich und bedanke mich an dieser Stelle auch bei Fredi Marty, dass er gesehen hat, dass wir wirklich ein pragmatisches Vorgehen vorschlagen. Vielen Dank für die Unterstützung.

Es wurde auch gesagt, dass die Strassen dem Kanton gehören. Das stimmt so. Der Kanton ist zurückhaltend, um es mal vornehm auszudrücken. Das kann man auch ein Stück weit verstehen. Ich weiss nur nicht genau warum, aber man kann Vermutungen anstellen. Vielleicht möchte der Kanton mit Tempo 30 nicht gerade vor seinem eigenen Regierungsgebäude starten. Natürlich muss der Kanton den ganzen Kanton im Blick behalten und es kann natürlich auch einen Paradigmenwechsel auslösen und so weiter. Ich habe nicht unbedingt Verständnis für diese Haltung, aber ich kann sie verstehen und nachvollziehen, ich arbeite ja selber beim Kanton. Wir müssen aber nicht an den Kanton denken, wir müssen spezifisch an Frauenfeld denken, an unsere spezifischen Frauenfelder Probleme und wir müssen spezifische Frauenfelder Lösungen suchen. Der Stadtrat hat in der Beantwortung ja auch dargelegt, dass er sich auch für diese Frauenfelder Interessen einsetzt beim Kanton. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir auch heute ein Zeichen setzen, dass wir hinter dem Stadtrat stehen und ihn in diesen Fragen unterstützen. In diesem Sinn kann ich eigentlich nur noch einmal sagen, was schon in der Zeitung stand: Wir haben nur

eine Innenstadt, wir müssen ihr Sorge tragen. Nicht übermorgen, nicht morgen, sondern ab heute.

Was ich jetzt nicht gehört habe von den Fraktionen CVP/EVP und FDP und SVP/EDU ist eigentlich eine Antwort auf die Frage, ob sie überhaupt Potenzial sehen in so Temporeduktionen. Wenn Sie sich zum Beispiel die Vorstadt vorstellen, ist es völlig abwegig, dort nur noch 30 zu fahren? Finden Sie diesen Vorschlag prüfenswert? Sie haben sich zu dieser Frage nicht geäußert. Vielleicht können Sie das noch nachholen, es würde mich freuen.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP): Ich gebe gern eine Antwort darauf. Und das ist das Problem des heutigen Abends. Temporeduktion ist doch überhaupt kein Problem, auch für das Gewerbe nicht. Denn mehr als 40 fährt ein Lastwagen oder auch ein Gewerbler mit einem Bus sowieso nicht, sonst kommt er gar nicht durch die Vorstadt. Aber hier drin haben alle gefeiert, als wir vor Jahren den Lastwagen über 12 Meter zur Vorstadt hinausgetrieben haben. Denn das war der, der geschaut hat, dass sicher nicht schneller gefahren wird, das habe ich damals im Votum gesagt, ihr erinnert euch. Alle haben hier drin gefeiert, als wir den wegtrieben. Und das ist eigentlich das Spiel, das ich an dieser Geschichte nicht ganz fair finde. In der 30er-Zone, und das wissen die meisten, wenn Sie da keine Massnahmen machen können, wenn da automatisch schneller gefahren wird, braucht es bauliche Massnahmen, und diese baulichen Massnahmen sind mit unseren Lastwagen nicht schön zu fahren, auch mit einem Bus nicht, auch mit einem Gewerbeauto nicht. Das ist nicht wirklich schön. Temporeduktionen hingegen, und das ist der Grund, warum ich damals die Motion unterschrieben habe, ist nicht das Thema. Aber das Thema ist heute nicht 40 und das ist das, was mich am Stadtrat wütend macht, sondern automatisch gleich 30. Denn dann ist sense. Dann gibt es bauliche Massnahmen. Zu 80 Prozent ist es gegeben, dass es dann bauliche Massnahmen braucht. Darum bin ich auch sauer, dass die Motion nicht beantwortet wurde und die 30er-Zone geworden ist. Denn damals hätte ich die Motion positiv beantwortet, die Erheblicherklärung gemacht mit dem Votum, wir wollen aber keine 30er-Zone, sondern wir reden über Temporeduktionen. Und jetzt reden wir über die 30er-Zone. Darum bin ich gegen eine Erheblicherklärung.

Stadtrat Urs Müller (CH): Besten Dank für Ihre engagierten Voten, die ich heute natürlich gern entgegengenommen habe. Es geht heute nicht um den mittels Motion geforderten Bericht selbst, sondern es geht um die Erheblicherklärung dieser Motion, deshalb ist die Botschaft dazu auch nicht ellenlang ausgefallen. Jedoch verstehe ich nicht ganz - ich habe das Votum von Gemeinderat Kienast gehört von der CVP/EVP - es sei eine schmalbrüstige Beantwortung. Ich habe allerdings nicht gehört, was denn in der Beantwortung fehlt ausser dem Hinweis auf die Stadtentlastung, was dort Sache ist. Da mache ich noch einmal den Hinweis auf das heute genehmigte Protokoll. Es gab eine Frage dazu in der Fragestunde von Gemeinderat Elliker, da habe ich den Stand der Dinge erläutert, wie es um die Stadtentlastung steht. Das hat heute noch Gültigkeit, ausser ich hatte gesagt, der Regierungsrat wird die Auftragsvergabe machen, unterdessen ist sie erfolgt. Das ist dort die Änderung. Aber wir haben darüber informiert.

Nun ist es so, dass der Stadtrat bereits am Thema ist. Weitere Untersuchungen und Berichte sind frauenfeldspezifisch nicht nötig, das ist unsere Meinung, die wir vertreten. Es liegen verschiedene aktuelle nationale Berichte zum Thema vor, wir haben in der Botschaft darauf verwiesen, selbst die Motionäre haben schon einen erwähnt.

Auch möchte ich es noch einmal ganz klarstellen: Der Stadtrat hätte wirklich gern schneller vorwärtsgemacht und auch Versuchsbetriebe gewagt und damit seinen Willen zur Umsetzung be-

kräftigt. Wir haben in der Botschaft aufgezeigt, dass schon einiges gemacht wurde. Jedoch sprechen wir grösstenteils über Kantonsstrassen und so ist auch heute noch die Gesetzgebung. Gemeinderat Heri, da können wir nicht allein entscheiden. Kleine Schritte sind möglich, so ist das angekündigte Entfernen der Mittellinien in der Vorstadt bereits erfolgt, wie Sie festgestellt haben. Aber leider wurde unser Antrag, in diesem Jahr an einem nationalen Forschungsprojekt teilnehmen zu können, durch den Kanton abgelehnt. Gemeinderat Stricker wollte noch wissen, was zu dieser Ablehnung geführt hat. Es ist eine gleich lange Ablehnung auf dem Papier wie die Botschaft, aber kurz zusammengefasst geht es darum: Ein Versuch wird nur dort bewilligt, wo auch Aussicht auf Erfolg besteht, das heisst, eine definitive Einführung sehr grosse Chancen hat. Das war auch bei der Begegnungszone so. Nun ist sie definitiv eingeführt. Richtig ist, wenn es sich dann dabei um Tempo 30 handelt, dass bauliche Massnahmen notwendig sind, auch bereits für den Versuch. Das war bzw. ist die Haltung des Kantons. Und der Kanton hat gefordert, dies mit einem Betriebs- und Gestaltungskonzept grossräumiger anzuschauen. Soweit in Kürze die Haltung des Kantons.

Somit bleibt es dabei, dass wir uns an das gemeinsam mit dem Kanton erarbeitete Mobilitätskonzept 2030 halten und danach vorgehen. Das heisst konkret, das Konzept Innenstadt erarbeiten. Dazu steht der Projektauftrag und die Vorbereitungsarbeiten laufen. Es soll möglichst noch in diesem Jahr ein Betriebs- und Gestaltungskonzept mindestens für den Raum Vorstadt-Promenade vorliegen. Und da komme ich auch schon zum Schluss. Da bin ich wirklich einmal in einem einig mit Gemeinderat Geiges. Ich denke auch, wir kommen nur vorwärts, wenn wir gemeinsam eine Lösung finden, gemeinsam vorwärtsgehen, den Schwung behalten, wie es Gemeinderat Frey gesagt hat, das wollen wir auch, das werden wir auch. Das heisst somit, alle Faktoren miteinbeziehen, bspw. auch den Stadtbus, und da möchte ich noch an die Adresse von Gemeinderat Sieber sagen: Der Stadtbus hält die Geschwindigkeitslimite ein. Es ist nicht so, dass er schneller fahren muss, um den Fahrplan einzuhalten. Das ist eine Mär. Und ich sehe da nur, dass es so geht: Einmal mehr mit einem gutschweizerischen Kompromiss. Das heisst, die Zielkonflikte sind bereits vorprogrammiert, wir haben diese auch aufgezeigt im Mobilitätskonzept. Und somit kann es nicht sein, dass jede Gruppe all ihre Ansprüche durchsetzen kann, sonst wird sich nie etwas bewegen. Da muss man nicht Prophet sein, um das zu sehen. Somit möchte ich schliessen und möchte noch einmal auf die stadträtliche Beantwortung hinweisen, dass wir einen weiteren Bericht nicht als notwendig sehen, sondern mit dem Betriebs- und Gestaltungskonzept, wie es vorgesehen ist geht es genau um das. Es braucht nicht einen separaten Bericht, sondern alle diese Grundlagen werden dort drin abgehandelt werden und deshalb bitte ich die Motion nicht erheblich zu erklären.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Zu dem mit dem Stadtbus habe ich schon ein Fragezeichen. Mein Kollege Sieber hat es erwähnt. Ich kann das von der Feldarbeit ganz gut beurteilen. An der Bürgerholzstrasse, diese wurde saniert, es wurde eine Betonschanze gebaut, wenn man vom Oberwiesen herkommt in die Bürgerholzstrasse, ich denke, ihr wisst alle, was das ist, diese musste wegen dem Stadtbus gebaut werden, denn wenn ich mit dem Traktor oder mit dem Pflug an den Feldrand hinfahre, muss ich immer auf den Stadtbus aufpassen, weil der zu schnell kam. Es gibt andere Quartiere, es gibt andere Bewohner in der Stadt, die mir das auch mitteilen, dass in den 30er-Zonen der Stadtbus häufig zu schnell fährt.

Gemeinderat Benjamin Stricker (CH): Ich wollte mich noch herzlich bedanken für die Diskussion, wie das Stadtrat Müller bereits getan hat, und ich schaue in diesem Fall der Abstimmung, die leider zu unseren Ungunsten ausfallen wird, gelassen entgegen, weil, wie ich ja erfahren

habe, unsere Fragen sowieso beantwortet werden. Ich gehe davon aus, dass sie auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, Stadtrat Müller?

Stadtrat Urs Müller (CH): Gern gebe ich auf konkrete Fragen Antwort. Selbstverständlich wird es auch in diesem Fall einen Einbezug aller Anspruchsgruppen geben. In welcher Stufe das der Fall ist, kann ich jetzt noch nicht sagen. Jetzt gilt es zuerst einmal, das Betriebs- und Gestaltungskonzept zu erarbeiten und dann schauen wir, ob es eine Vernehmlassung dazu gibt oder wie auch immer.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen angenommen. Die Motion wird nicht für erheblich erklärt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Wir sind somit am Schluss der heutigen Traktandenliste. Ich habe noch folgende Informationen weiterzugeben: Die Gemeinderäte Sandra Kern, Anita Bernhard und Robin Kurzbein haben die Interpellation mit dem Titel „Leben und Begegnen in Frauenfeld“ beim Präsidium eingereicht. Diese wurde von 14 Gemeinderäten mitunterzeichnet.

Die Gemeinderätin Félicie Haueter hat die Interpellation mit dem Titel „Spitzenstromsperre“ eingereicht. Sie wurde von 23 Gemeinderäten mitunterzeichnet.

Beide Interpellationen werden dem Stadtrat zur Beantwortung übergeben.

Jetzt habe ich noch einen Aufruf an alle: Am Freitag, den 3. März, ab 17.30 Uhr, spielen Politiker und Mitarbeiter der Stadt ein Plauschvolleyballturnier in der Festhalle Rüegerholz. Es braucht nicht nur Volleyballspieler an diesem Anlass, sondern auch Zuschauer. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Gemeinderäte dabei wären.

Wie bereits im Dezember angekündigt, findet im Anschluss an diese Ratssitzung eine nicht öffentliche Präsentation der Machbarkeitsstudie Hallenbad 2020 statt. Da die Märzszitzung mangels Traktanden abgesagt wurde, findet die nächste Gemeinderatssitzung somit am Mittwoch, 26. April 2017, um 18 Uhr, statt.

Ich danke Ihnen für die aktive Mitarbeit, die interessanten und engagierten Voten und dem Stadtrat für die ausführlichen Stellungnahmen. Ich danke den Medienvertretern und Besuchern auf der Galerie für das Interesse. Da die folgende Präsentation nicht öffentlich ist, muss ich Sie bitten, den Saal sowie die Galerie zu verlassen. Danke für Ihr Verständnis. Ich danke Beat Dürger und seinem Team für die Vorbereitung und die Unterstützung während der Sitzung. Ein Dankeschön geht auch an die Stadtgärtnerei für den schönen Blumenschmuck. Damit ist die offizielle Ratssitzung abgeschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.33 Uhr

* * *

